

Absender:

An das
Amtsgericht *Ort*
Familienabteilung
Straße Hausnummer
Postleitzahl Ort

Antrag auf Übertragung der elterlichen Sorge

☒ Bitte Zutreffendes ankreuzen

Antragsteller/in:

☐ Frau

☐ Herr

Name:

Vorname:

geb. am:

Staatsangehörigkeit:

Straße, Hausnummer:

PLZ, Wohnort:

gegenwärtiger Aufenthalt
(falls vom Wohnort abweichend):

Telefon:

gegen

Antragsgegner/in:

☐ Frau

☐ Herr

Name:

Vorname:

geb. am:

Staatsangehörigkeit:

Straße, Hausnummer:

PLZ, Wohnort:

gegenwärtiger Aufenthalt
(falls vom Wohnort abweichend):

Telefon:

Kind:

☐ weitere Kinder siehe Anlage

☐ weiblich

☐ männlich

Name:

Vorname:

geb.am:

Staatsangehörigkeit:

Straße, Hausnummer:

PLZ, Wohnort:

Ich beantrage, mir

☐ folgenden Teil der elterlichen Sorge

☐ Aufenthaltsbestimmungsrecht

☐ Gesundheitssorge

☐ die gesamte elterliche Sorge

**für das Kind ☐ und die weiteren in der Anlage genannten Kinder
auf mich allein zu übertragen.**

☐ Ich beantrage die Bewilligung von Verfahrenskostenhilfe. Die Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse bei Prozess- oder Verfahrenskostenhilfe (Vordruck AVR 200), einschließlich Nachweisen

☐ ist beigefügt.

☐ reiche ich umgehend nach.

Begründung:

Der andere Elternteil und ich

- ☐ sind seit dem miteinander verheiratet.
- ☐ leben getrennt seit dem .
- ☐ üben die gemeinsame elterliche Sorge aus
 - ☐ aufgrund der gemeinsamen Sorgerechtserklärung vom .
(bitte Kopie der Sorgerechtserklärung beifügen)
 - ☐ aufgrund gerichtlicher Entscheidung vom .
(bitte Kopie der gerichtlichen Entscheidung beifügen)

Welche Angelegenheiten, die für das Kind von erheblicher Bedeutung sind, sind zwischen den Eltern streitig (z.B. Lebensmittelpunkt)?

- ☐ Zur Begründung verweise ich auf die beigelegte Anlage.

Feld zur Niederschrift der Gründe:

In Kenntnis der Strafbarkeit einer falschen eidesstattlichen Versicherung versichere ich hiermit die Richtigkeit und Vollständigkeit meiner Angaben.

Gesetzestext des § 156 Strafgesetzbuch:

"Wer vor einer zur Abnahme einer Versicherung an Eides Statt zuständigen Behörde eine solche Versicherung falsch abgibt oder unter Berufung auf eine solche Versicherung falsch aussagt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft."

, den

Unterschrift d. Antragst.

MUSTER